



Niederschrift

64. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 06.11.2012
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 22:15 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Henning Wulf
Herr Wilfried Mohr
Frau Edda Lessing
Herr Claus Peter Dieck
Herr Peter Gloger
Herr Joachim Miermeister
Herr Hans-Jürgen Scheiwe
Frau Rita Marcussen
Frau Ingrid Olef
Herr Peter Säker
Herr Wolfgang Schnabel
Herr Jürgen Kaldewey
Herr Heinz-Michael Kittler
Frau Anke Pawlik Kreissenioresenbeirat
Herr Jörg Buthmann
Herr Gerd-Rainer Busch
Frau Rosemarie Jahn
Frau Landrätin Hartwig
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte
Frau Weinert Personalrat
Frau Wilke-Pätsch Personalrat
Frau Grandt FBL Zentrale Steuerung
Herr Arne Hansen
Herr Scharping FDL Rechtsangelegenheiten und Kommunalaufsicht
Herr Schröder FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr
Herr Dr. Warlies FBL Gesundheit für Mensch und Tier
Herr Wolf FBL Umwelt, Planen, Bauen
Frau McGregor FDL Finanzen

Vertretung für: Frau Grote, Doris

KT-Abg. als Gast

KT-Abg. als Gast

KT-Abg. als Gast

KT-Abg. als Gast

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Stankat FDL Kinder- und Jugendhilfe, Kultur
Frau Nadine Dreessen Beteiligungsmanagement
Frau Lina-Marie Meißner Beteiligungsmanagement
Herr Gernoth Schramm Büro der Landrätin
Herr Birke Protokollführer

Abwesende:

Frau Doris Grote

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2012
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Bussardweg
- 3.2 Kreistag 08.11.2012
- 3.3 Antrag der SPD-Fraktion zur KSB
- 3.4 Mieter- / Vermieter-Modell zwischen Kreis und "ISE neu"
Vorlage: DrS/2012/118
- 3.5 Abwahl und Neuwahl der Stellvertretung im Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR
Vorlage: DrS/2012/124
- 3.6 Quartalsbericht III/2012
Vorlage: DrS/2012/126
- 3.7 Anhörungsverfahren zur möglichen Veränderung der Kreisumlage 2013
Vorlage: DrS/2012/141
- 3.8 Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg 2010 - 2011
- 4 Berichte/Informationen der Landrätin
- 5 Verschiedenes

- 5.1 Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II
- 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises
- 7.1 Sachstand/Status quo KSB

(nichtöffentlich)

- 7.2 Verkauf der Liegenschaft KFZ-Zulassungsstelle in Norderstedt
Vorlage: DrS/2012/121
- 7.3 Verkauf der Liegenschaft Bauhof Traventhal
Vorlage: DrS/2012/123
- 7.4 Verkauf des Grundstücks an der Mühle
Vorlage: DrS/2012/122

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

Der Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und die übrigen Anwesenden und gibt den Ausschussmitgliedern 10 Minuten Zeit die Tischvorlagen zu sichten.

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ und erklärt, dass dieser in den Ausschuss für Umwelt-, Natur-, und Klimaschutz verwiesen werde, da einige Punkte fachlich noch beraten werden müssten. Herr Hansen ergänzt, dass der Hintergrund für diesen Antrag im Hauptausschuss der zeitliche Druck wäre. Der Kreis Segeberg müsse bis zum 16.11.2012 eine Stellungnahme abgeben. Herr Schnabel wirft ein, dass er gerne zu diesem Antrag Stellung nehmen würde. Er bedaure jedoch den zeitlichen Druck. Der Ausschuss einigt sich nach anschließender Diskussion den Antrag in den Ausschuss für Umwelt-, Natur-, und Klimaschutz zu verweisen.

Weiterhin weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 3.1 bis 3.4 nicht öffentlich zu behandeln wären. Herr Kaldewey stellt den Antrag den TOP 3.4 zu trennen und Teile öffentlich und Teile nicht öffentlich zu behandeln.

Herr Dieck spricht sich dafür aus den TOP 3.4 von der Tagesordnung abzusetzen, da keine

Vorlage für eine Vorbereitung zur Verfügung stand.

Frau Lessing verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der SPD-Fraktion zur KSB. Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag als eigener Tagesordnungspunkt mit aufgenommen werde.

Frau Grandt erklärt, dass es heute nur einen Bericht zur KSB geben werde, da noch weitere Arbeitsgespräche zu diesem Thema ausstehen würden. Daraufhin zieht Herr Dieck seinen Antrag auf Absetzung zurück.

Der Vorsitzende stellt den Antrag von Herrn Kaldewey zur Abstimmung. Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, dass der TOP 3.4 in Teilen öffentlich und in Teilen nichtöffentlich behandelt wird. Der öffentliche Teil des Berichtes solle mit dem Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.3 behandelt werden und der nicht öffentliche Teil werde unter TOP 7.1 beraten.

Der Vorsitzende schlägt weiterhin vor, die Grundstücksverkäufe (TOP 3.1 bis 3.3) nichtöffentlich unter TOP 7.2 – 7.4 zu behandeln und stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

Des Weiteren hält der Vorsitzende eine weitere Aussprache zum Bussardweg unter TOP 3.1 für erforderlich. Der Ausschuss signalisiert Zustimmung.

Der Vorsitzende erklärt, dass unter TOP 3.2 der Kreistag vom 08.11.2012 kurz thematisiert werden sollte. Der Ausschuss stimmt diesem Vorgehen zu.

Herr Dieck stellt den Antrag den TOP 3.5 abzusetzen, da die Vorlage den Abgeordneten zu spät zugegangen sei. Der Vorsitzende sieht dies auch so und macht den Vorschlag die Vorlage in der Sondersitzung des Hauptausschusses Ende November zu beraten und stellt den Antrag von Herrn Dieck zur Abstimmung. Der Ausschuss beschließt mit einer klaren Mehrheit den TOP 3.5 abzusetzen.

Mit diesen Änderungen ist die Tagesordnung genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.09.2012

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 25.09.2012 erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Bussardweg

Der Vorsitzende führt in den TOP ein und geht auf die Brisanz des Falles durch die Leserbriefe und Interviews in der Presse ein. Auch seien noch weitere Fragen offen und es bestünde die Notwendigkeit einer Beschlussfassung.

Die Landrätin führt aus, dass der fallzuständige Fachausschuss der Jugendhilfeausschuss sei. Weiterhin habe es Gespräche mit dem Innenministerium bezüglich des Sozialdatenschutzes gegeben. Im Rahmen einer Überprüfung der vorgenommenen Unkenntlichmachung der Sozialdaten könne man sich in diesem Einzelfall vorstellen, das vollumfängliche Gutachten auch den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Verfügung zu stellen. Weiter macht die Landrätin deutlich, dass nie etwas vertuscht werden sollte, dafür spricht schon allein der große Adressatenkreis von fast 60 Personen, die das vollumfängliche Gutachten erhalten haben. Es habe niemals eine „Zensur“ stattgefunden, wie es in der Presse erwähnt wurde. Sie wolle sich weiterhin um ein transparentes Verfahren bemühen. Diese Transparenz könne jedoch nur bis zu dem Zeitpunkt aufrechterhalten werden, bis es um Sozialdaten der Familie ginge.

Sie bringt zum Ausdruck, dass sie bestürzt darüber sei, dass das vollumfängliche Gutachten an Dritte weitergegeben wurde. Sie erwarte nun ein Votum des Hauptausschusses, ob das vollum-

fängliche Gutachten den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Verfügung gestellt werden sollte oder nicht. Weiterhin bittet sie den Ausschuss, gemeinsam bestmöglich mit der Situation umzugehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er mit dem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses besprochen habe, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu gründen.

Herr Kaldewey erklärt, dass er es für sinnvoll erachte auch den stellvertretenden Mitgliedern des Hauptausschusses das vollumfängliche Gutachten per Einschreiben zukommen zu lassen.

Frau Lessing spricht sich im Gegenzug dafür aus, das vollumfängliche Gutachten nur den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Verfügung zu stellen.

Herr Dieck erklärt, dass die sachliche Aufklärungsarbeit im Vordergrund stehen müsse. Dafür wäre es wichtig diesen Fall aus den Medien zu bekommen. Ebenfalls müsse in diesem Zusammenhang geklärt werden, ob eine Strafanzeige gestellt wird. Er spricht sich auch dafür aus, dass das vollumfängliche Gutachten den Mitgliedern und deren Stellvertretern im Hauptausschuss zur Verfügung gestellt wird.

Herr Busch empfiehlt dem Ausschuss, das vollumfängliche Gutachten nur den Mitgliedern des Hauptausschusses zukommen zu lassen. Weiter geht er darauf ein, dass im Jugendhilfeausschuss ein Beschluss über die Errichtung einer Arbeitsgruppe gefasst werde. Auch hält er eine Strafanzeige durch den Kreispräsidenten oder die Landrätin, gegen alle die möglicherweise Zugriff auf das vollumfängliche Gutachten hatten, für sinnvoll. Der Vorsitzende ergänzt, dass eine Strafanzeige gegen unbekannt gestellt werden sollte und stellt diesen Vorschlag anschließend zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag mehrheitlich bei einer Gegenstimme zu.

Im Anschluss erkundigt sich der Vorsitzende, ob der Versand des Gutachtens rechtmäßig gewesen wäre. Herr Scharping erklärt, dass das Gutachten nach gängiger Praxis des Kreistagsbüro versandt wurde. Es habe jedoch Änderungen in der Kreisordnung gegeben, die einige unklare Regelungen aufweisen. In dieser Sache warte man noch auf eine abschließende Antwort der Kommunalaufsicht des Landes.

Frau Lessing bittet darum über den Antrag der SPD-Fraktion, das vollumfängliche Gutachten nur den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Verfügung zu stellen, abzustimmen.

Herr Dieck macht auf seinen weitergehenden Antrag aufmerksam, das vollumfängliche Gutachten auch den stellvertretenden Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag von Herrn Dieck zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Das vollumfängliche Gutachten wird neben den Mitgliedern des Hauptausschusses auch den stellvertretenden Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 4 Enthaltung: 1

zu 3.2 Kreistag 08.11.2012

Der Vorsitzende geht auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 08.11.2012 ein und erteilt daraufhin dem Kreispräsidenten das Wort. Dieser erklärt, dass eine 2/3 Mehrheit des Kreistages notwendig wäre, um den Antrag der Fraktion Bündnis 90'/Die Grünen in der Sitzung am 08.11.2012 behandeln zu können. Auch stelle er sich die Frage, ob die Einwohnerfragestunde mit eventuellen Fragen zum Kinderschutzfall zeitlich begrenzt werden sollte.

Frau Lessing erklärt, dass sie gerne einen Bericht der Landrätin zum aktuellen Sachstand des Kinderschutzfalls im Kreistag hätte und am Ende der Sitzung den Einwohnern die Möglichkeit geben wolle, Fragen zu stellen.

Daraufhin erteilt der Vorsitzende Herrn Dr. Hoffmann das Wort. Dieser führt aus, dass es in diesem Zusammenhang eine strategische und eine juristische Überlegung gebe. Strategisch müsse sich der Hauptausschuss im Hinblick auf eine Arbeitsgruppe positionieren. In oder von dieser Arbeitsgruppe könnten dann auch Fragen aus der Einwohnerschaft beantwortet werden.

Juristisch hingegen sei es so zu sehen, dass keine Namen, Orte oder Straßennamen genannt werden dürfen. Er weist den Ausschuss in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Nicht-öffentlichkeit auch dann weiterhin bestehe, wenn die Presse darüber berichtet. Er hält eine Einwohnerfragestunde im Kreistag für problematisch, da konkrete Fragen zur Familie nicht beantwortet werden dürften.

Der Vorsitzende erklärt anschließend, dass er eine zeitliche Begrenzung der Einwohnerfragestunde im Vorwege für nicht sinnvoll erachte. Die Fragestunde könne auch in der Sitzung abgebrochen werden. Der Ausschuss stimmt diesem Vorgehen zu.

Nach ausführlicher Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag von Frau Lessing zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Landrätin wird gebeten im Kreistag am 08.11.2012 vor der Einwohnerfragestunde einen Bericht zum aktuellen Sachstand des Kinderschutzelfalles zu geben.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 6 Ablehnung: 6 Enthaltung: -

zu 3.3 Antrag der SPD-Fraktion zur KSB

Frau Lessing stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor und erklärt, dass sie heute keine Beschlussfassung über diesen Antrag erwarte, da noch einige Informationen fehlen würden. Auch hält sie es für erforderlich, dass dieses Thema nochmals in den Fraktionen diskutiert wird.

Aufgrund der Idee der SPD-Fraktion einen Zweckverband mit dem Kreis Pinneberg zu gründen, bittet Herr Kaldewey die Verwaltung zu prüfen, ob ein solcher Zweckverband der Umsatzsteuerpflicht unterliege. In diesem Zusammenhang bittet auch Herr Dieck um eine Prüfung der Umsatzsteuerpflicht der Leistungen der WKS gegenüber dem Kreis Segeberg.

Im Anschluss erteilt der Vorsitzende Herrn Scharping das Wort. Dieser führt aus, dass eine Auflösung der KSB zum 31.12.2012 nicht machbar wäre. Frühestens wäre dies zum 01.01.2014 möglich. Weiter stellt Herr Scharping die Möglichkeiten, wie die KSB in Zukunft gestaltet werden könnte, vor. Er wäre über einen politischen Auftrag sehr dankbar, könne jedoch eine abgeschlossene Prüfung bis zum Jahresende nicht versprechen. Eine Beschlussfassung bezüglich einer Auflösung der KSB könne er sich im Kreistag im März vorstellen.

Daraufhin stellt der Vorsitzende den Antrag, dass die Verwaltung gebeten werde, den Antrag der SPD-Fraktion in Verbindung mit den Prüfaufträgen von Herrn Kaldewey und Herrn Dieck und weiteren Konsequenzen zu prüfen und dem Hauptausschuss die frühestmögliche Umsetzung vorzuschlagen, zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Antrag mit einer Enthaltung zu.

zu 3.4 Mieter- / Vermieter-Modell zwischen Kreis und "ISE neu" Vorlage: DrS/2012/118

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 3.5 Abwahl und Neuwahl der Stellvertretung im Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR
Vorlage: DrS/2012/124

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium wählt die aktuelle Stellvertretung von Frau Hartweg im Verwaltungsrat der IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR, Frau Meike Haß, ab und benennt zeitgleich wird Frau Karin Grandt zur neuen Stellvertretung in den Verwaltungsrat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.6 Quartalsbericht III/2012

Vorlage: DrS/2012/126

Herr Mohr möchte im Hinblick auf die Personalkostendeckelung wissen, was von den Personalaufwendungen umfasst wird, da dies für eine Beschlussfassung für den Haushalt 2013 von großer Bedeutung sei.

Frau McGregor erklärt, dass in der Struktur des Gesamtergebnisplans aber auch in den Teilergebnisplänen des Haushaltsentwurfes die Personalaufwendungen in Kontenklassen unterteilt sind. Dort seien die Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen klar getrennt worden. Die Zuführungen zu den Rückstellungen seien jedoch in der Position der Personalaufwendungen enthalten. Weiter weist sie darauf hin, dass diese Systematik vorgegeben sei.

Herr Dieck erkundigt sich welche Investitionsmittel für den Ausbau und die Unterhaltung der Kreisstraßen im Fachbereich V für das nächste Haushaltsjahr veranschlagt seien. Herr Wolf erwidert, dass dieses Jahr vieles angeschoben wurde. Jedoch müssen auch einige Maßnahmen in das nächste Jahr verschoben werden. Er sagt eine Liste mit den Maßnahmen, die in das nächste Jahr geschoben werden müssen, für den Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur, zu.

Herr Kittler erkundigt sich, ob der Personalkostendeckel auch für die Mitarbeiter der ISE gelte. Frau McGregor verneint dies und erklärt, dass nur die Löhne des tatsächlichen Personals von dem Personalkostendeckel erfasst sind. Die ISE bekomme als Beteiligung Zuschüsse, die unter die Transferkosten fallen.

zu 3.7 Anhörungsverfahren zur möglichen Veränderung der Kreisumlage 2013

Vorlage: DrS/2012/141

Frau McGregor verweist auf den knappen Zeitrahmen und macht deutlich, dass bei einer Veränderung der Kreisumlage die Kommunen vorher angehört werden müssten. Die Verwaltung hat daher folgenden Beschlussvorschlag ausgearbeitet.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Anhörungsverfahren mit den Kommunen des Kreises Segeberg gemäß § 27 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz Schleswig-Holstein unverzüglich einzuleiten.

Frau Lessing stellt den Antrag die zusätzliche Kreisumlage von 31 % auf 30 % zu senken.

Herr Dieck erklärt, dass er aufgrund der Haushaltslage keine Möglichkeit für eine Senkung der Kreisumlage sehe. Er spricht sich dafür aus, dass Anhörungsverfahren der Kommunen nicht zu starten. Herr Schnabel pflichtet Herrn Dieck bei.

Auch die Fraktionen „Bündnis 90/Die Grünen“ und „Die LINKE“ sind der Meinung die Kreisumlage nicht zu verändern.

Der Vorsitzende stellt daraufhin den Beschlussvorschlag in Verbindung mit dem Antrag der SPD-Fraktion auf eine Senkung der Kreisumlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag der SPD:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Anhörungsverfahren mit den Kommunen des Kreises Segeberg gemäß § 27 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz Schleswig-Holstein unverzüglich einzuleiten und gemäß dem Antrag der SPD-Fraktion die zusätzliche Kreisumlage 2013 von 31% auf 30% zu senken.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 4 Ablehnung: 8 Enthaltung: -

zu 3.8 Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg 2010 - 2011

Herr Rüge stellt seine Mitarbeiter Frau Lars und Herrn Ringel vor. Er geht auf den allgemeinen Inhalt sowie den Umfang des Berichtes ein und macht deutlich, wo die Schwerpunkte gesetzt wurden. Die Prüfung sei Anfang dieses Jahres gestartet und sei im Sommer abgeschlossen worden. Die entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltung zu dem Bericht seien kursiv in den Bericht eingepflegt worden. Die Verwaltung habe weitestgehend ordnungsgemäß gehandelt. Dabei sei das Büro der Landrätin sowie der FB II positiv herauszustellen. Eher negativ seien der Tiefbau sowie das Feuerwehrwesen zu beurteilen gewesen. Er macht weiterhin seine Erwartungshaltung deutlich, dass den Hinweisen des Rechnungsprüfungsamtes gefolgt werde. In diesem Sinne empfiehlt er die Kontrolle der Umsetzung weiterhin aufrecht zu erhalten.

Frau Lessing sieht den Bericht über die Rechtmäßigkeit, die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung als ein wichtiges Instrument der Politik an. Ihr sei jedoch aufgefallen, dass der Sprachstil des Berichts sehr emotionsgeladen sei. Sie bittet in Zukunft um einen sachlichen Sprachstil. Weiterhin erkundigt sie sich nach den übrigen Stellungnahmen der Verwaltung zu dem Bericht.

Herr Rüge nimmt die Kritik zum Sprachstil auf. Er erklärt weiterhin, dass alle vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung in den Bericht eingearbeitet wurden.

Herr Mohr hält den Bericht für sehr mutig und bittet die Landrätin organisatorisch wie auch zeitlich zu regeln, wie die Abarbeitung der Hinweise aus dem Bericht von Statten gehen soll. Auch interessiert ihn, ob die Abteilung der städtebaulichen Planung wirtschaftlich arbeite und ob die Einnahmen ausreichen würden. Er fragt außerdem nach den Gebühren des Gutachterausschusses sowie nach den Mängeln bei den Ausschreibungen im Tiefbau.

Zu der Abteilung der städtebaulichen Planung führt Herr Rüge aus, dass diese Abteilung eine freiwillige Leistung des Kreises wahrnehme. Die Wirtschaftlichkeit dieser Abteilung sei jedoch nicht nachgewiesen, da dafür eine detaillierte Kosten- und Leistungsrechnung notwendig wäre. Zu den Gebühren des Gutachterausschusses erwidert Herr Rüge, dass die Landesverordnung, die Kreisordnung sowie die Gemeindeordnung keine Anwendung finden würden. Seine Empfehlung wäre es eine gültige Rechtsgrundlage zu schaffen. Herr Mohr fragt nach, ob zukünftig keine Gebühren mehr erhoben werden dürfen. Herr Wolf schließt sich der Meinung von Herrn Rüge an und macht deutlich, dass alle Kreise seit 2001 wie der Kreis Segeberg verfahren würden. Es gebe ein Defizit im Wortlaut des Gesetzes. Das Innenministerium sehe jedoch keinen Handlungsbedarf.

Weiter führt Herr Wolf zu den Mängeln der Ausschreibungen im Tiefbau aus, dass es Fehler in der normalen Abarbeitung gab. Diese Mängel sollen jetzt jedoch mit dem neuen Personal abgestellt werden. Er bittet um das Verständnis des Ausschusses und erklärt, dass bisher das 4-Augenprinzip gefehlt hätte.

Die Landrätin führt zu der Abarbeitung der Hinweise aus dem Bericht aus, dass alles Nötige organisiert sei. Die einzelnen Fachbereichsleiter seien sich ihrer Verantwortung bewusst. Frau McGregor ergänzt, dass die Umsetzung der Hinweise von ihrem Fachdienst anhand einer Liste kontrolliert werden würde.

Frau Olef erkundigt sich, wie der Straßenbau geprüft werde, da einige Aufgaben durch den WZV wahrgenommen würden. Auch erkundigt sie sich nach dem Gutachterausschuss und ob externe gutachterliche Stellungnahmen eingeholt würden. Herr Rüge erwidert, dass ein Straßenneubau beim Kreis geprüft werde. Die Straßenunterhaltung hingegen werde beim WZV geprüft. Zu dem Gutachterausschuss hätte er keine weiteren Informationen.

Im Anschluss spricht Herr Schnabel den bestehenden Rechtsstreit mit VION an, bei dem eine gerichtliche Entscheidung noch ausstehe und verweist auf die Seiten 87 bis 89 des Berichtes. Er erkundigt sich nach den möglichen Erfolgsaussichten und macht deutlich, dass die Verwaltung die Pflicht habe, möglichen Schaden für den Kreis abzuwenden.

Herr Ringel führt dazu aus, dass man ein Gericht nicht zu einer Entscheidung zwingen könne. Er habe bei der Prüfung einen Bruch in der Außenwirkung festgestellt. Er halte dies bei einem Streitwert von über 11 Mio EUR für ungeschickt.
Die Möglichkeit einer Gebührensenkung sehe er bei der bereits kostendeckenden Gebührensatzung nicht.

Herr Dr. Warlies erläutert im Anschluss, dass es zu keiner Veränderung in der Rechtsposition des Kreises gekommen sei. Sollten Vorschläge zu einer Effizienzsteigerung durch das Unternehmen gemacht werden, werden diese durch die Verwaltung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben und fachlichen Standards selbstverständlich bewertet. Weiter spricht er den Bericht der Presse zu diesem Thema an. Er bedaure die öffentliche Berichterstattung sehr und macht auf die negative Imagewirkung für das Unternehmen aufmerksam.

Der Vorsitzende bedankt sich anschließend für die Vorlage des Berichtes.

zu 4 Berichte/Informationen der Landrätin

Der TOP wurde aufgrund des Zeitmangels nicht behandelt.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Der TOP wurde aufgrund des Zeitmangels nicht behandelt.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Der TOP wurde aufgrund des Zeitmangels nicht behandelt.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Der TOP wurde aufgrund des Zeitmangels nicht behandelt.

zu 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises

zu 7.1 Sachstand/Status quo KSB

Herr Scharping verteilt den Mitgliedern eine Zusammenfassung seines am 25.10. im HA vorgestellten Sachstandes zur KSB.

(nichtöffentlich)

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Henning Wulf
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Birke
(Protokollführer)